Detailansicht des Registereintrags

foodwatch e.V.

Aktuell seit 25.11.2026 14:21:57

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001267
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	25.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	19.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Brunnenstraße 181 10119 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302404760 E-Mail-Adressen: info@foodwatch.de info@foodwatch.org Webseiten: www.foodwatch.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
690.001 bis 700.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
8,83

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Chris Methmann**
   Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. **Sarah Häuser**
2. **Rauna Bindewald**
3. **Dario Bayat Sarmadi**
4. **Andreas Winkler**
5. **Annemarie Botzki**
6. **Luise Molling**
7. **Laura Maren Knauf**
8. **Dr. Rebekka Siegmann**
9. **Anne Markwardt**
10. **Alina Nitsche**
11. **Lou-Ann Bading**

Gesamtzahl der Mitglieder:
46.221 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (2):

1. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung, www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
2. Forum Umwelt & Entwicklung, https://forumue.de/

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):
Gesundheitsförderung; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
foodwatch e.V. setzt sich für das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf qualitativ gute, gesundheitlich unbedenkliche und ehrliche Lebensmittel ein und entlarvt die verbraucherfeindlichen Praktiken der Lebensmittelindustrie.

Um das verbraucherschutzpolitische Anliegen im Rahmen der Satzung von foodwatch e.V. zu vertreten, wird in Gesprächen der unmittelbare Kontakt zu Politikerinnen, Politikern und Mitgliedern des Deutschen Bundestages gesucht. Außerdem werden Positionspapiere übergeben, selten Austausch-Veranstaltungen initiiert, Anschreiben an Abgeordnete erstellt und, an der Arbeit von foodwatch, Interessierte werden gelegentlich zur Kontaktaufnahme mit Abgeordneten aufgerufen.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. **Gesetz zur Beschränkung der Werbung für Ungesundes an Kinder**

   Beschreibung:
   Ein Gesetz zur Beschränkung der Werbung für Ungesundes an Kinder durch eine klare Uhrzeiten-Regelung, zu der solche Werbung anhand des WHO-Nährwertprofils ausgeschlossen wird.

   Interessenbereiche:
   Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

2. **Abgabe von Energy Drinks an Minderjährige verbieten**

   Beschreibung:
   Die Abgabe von Energy Drinks an Minderjährige soll gesetzlich verboten werden.

   Betroffenes geltendes Recht:
   JuSchG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

3. **Mehr Lebensmittelkontrollen**

   Beschreibung:
   Die Anzahl der amtlichen Kontrollen in lebensmittelverarbeitenden Betrieben muss deutlich erhöht werden, um die Gesundheit und Sicherheit von in Verkehr gebrachten Lebensmitteln zu verbessern.

   Interessenbereiche:
   Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]

4. **Shrinkflation verhindern**

   Beschreibung:
   Verringert sich der Inhalt einer Verpackung, so muss auch die Verpackung kleiner werden und für einen Zeitraum von 6 Monaten so auf der Vorderseite gekennzeichnet werden, dass die geringere Füllmenge für Verbraucher:innen leicht erkennbar ist.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

5. **Plastikverpackungen von Obst und Gemüse verbieten**

Beschreibung:
Obst und Gemüse darf nicht länger in Plastikverpackungen in den Verkehr gebracht werden.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

6. **Verbot, Glyphosat auf Feldern auszubringen**

Beschreibung:
Verbot oder weitgehende Einschränkung der Ausbringung von Glyphosat auf Felder in Deutschland

Betroffenes geltendes Recht:
PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]; RHmV 1994 [alle RV hierzu]; PflSchMV 2013 [alle RV hierzu]; VorlPflSchMAnwV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

7. **Bessere Tierhaltung und Tiergesundheit!**

Beschreibung:
foodwatch fordert ein ganzjähriges Verbot der tierschutzwidrigen Anbindehaltung. Außerdem die Einführung eines umfassenden Gesundheitsmonitorings über die in Schlachthöfen und Ställen erhobenen Daten zur Tiergesundheit.

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Tierschutz [alle RV hierzu]

8. **Streichung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse**

Beschreibung:
foodwatch setzt sich für die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse ein. Aktuell werden diese Produkte mit 19% besteuert, während stark verarbeitete Lebensmittel oft nur 7% Mehrwertsteuer zahlen. Diese Struktur erschwert gesunde Ernährung insbesondere für einkommensschwache Haushalte. Studien zeigen: Eine Steuersenkung auf Obst und Gemüse würde den Konsum um 12-15% steigern. Das reduziert

ernährungsbedingte Krankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Gleichzeitig würde mehr pflanzliche Ernährung die CO2-Emissionen der Landwirtschaft senken. Die Maßnahme unterstützt sowohl die Gesundheitsprävention als auch die Klimaziele der Bundesregierung bei überschaubaren Steuerausfällen von etwa 3,2 Milliarden Euro jährlich.

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

9. **Einführung einer verbindlichen Nährwertkennzeichnung**

Beschreibung:
foodwatch unterstützt die verpflichtende Einführung des Nutriscore als Nährwertkennzeichnung auf Lebensmittelverpackungen. Das farbliche A-bis-E-System ermöglicht Verbrauchern den schnellen Vergleich der Nährwertqualität ähnlicher Produkte. Studien aus Frankreich belegen: Der Nutriscore führt zu 13% mehr Käufen gesünderer Lebensmittel. Besonders Menschen mit niedrigem Bildungsstand profitieren von der einfachen Farbkodierung. Während die Lebensmittelindustrie häufig eigene, verwirrende Label bevorzugt, bietet der Nutriscore wissenschaftlich fundierte, vergleichbare Information. Die Kennzeichnung unterstützt die Präventionsstrategie der Bundesregierung gegen Übergewicht und ernährungsbedingte Krankheiten.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

10. **Durchsetzung der Health-Claims-Verordnung im Internet**

Beschreibung:
foodwatch fordert verstärkte Kontrollen gesundheitsbezogener Angaben (Health Claims) bei Online-Lebensmittelhändlern. Während stationäre Händler regelmäßig überwacht werden, bleiben illegale Werbeaussagen im E-Commerce oft unentdeckt. Produkte werden mit unbelegten Versprechen wie "stärkt das Immunsystem" oder "entgiftet den Körper" beworben, obwohl nur 250 Health Claims EU-weit zugelassen sind. Die Health-Claims-Verordnung wird systematisch umgangen. Verbraucher zahlen Aufpreise für vermeintliche Gesundheitseffekte, die nicht existieren. Die Überwachungsbehörden benötigen digitale Kompetenzen und automatisierte Scanning-Tools für Online-Marktplätze. Ohne konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts im Internet bleibt der Verbraucherschutz wirkungslos.

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

11. **Einführung einer Preisbeobachtungsstelle**

Beschreibung:

foodwatch unterstützt die Einrichtung einer unabhängigen Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel. Diese soll Preisbildungsprozesse entlang der gesamten Wertschöpfungskette transparent machen - vom Erzeuger über Verarbeitung und Handel bis zum Verbraucher. Aktuelle Preissprünge bleiben für Verbraucher intransparent: Steigen Rohstoffkosten um 10%, erhöhen sich Endverbraucherpreise oft um 30%. Die Beobachtungsstelle würde Marktmacht-Missbrauch aufdecken und ungerechtfertigte Preisaufschläge identifizieren. Regelmäßige Marktanalysen könnten Kartellbildung frühzeitig erkennen. Verbraucher erhielten fundierte Informationen für Kaufentscheidungen. Das Instrument existiert bereits erfolgreich in anderen EU-Ländern.

Interessenbereiche:
Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

12. **Einführung einer Zuckersteuer**

Beschreibung:
Einführung einer gestaffelten Hersteller-Abgabe für gezuckerte Getränke, orientiert am britischen Modell.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7860 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2027
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

13. **Novelle des LFGB**

Beschreibung:
foodwatch fordert die Beibehaltung der Labormeldepflichten, um die Prävention von Lebensmittel-Skandalen frühzeitig möglich zu machen.

Referentenentwurf:
Gesetz für Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat sowie weiterer Bereiche (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 12.06.2026
Federführendes Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
LFGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]

14. **Gesetzliche Standards für die Putenhaltung**

Beschreibung:
foodwatch fordert verbindliche Haltungsstandards für Mastputen. Bund und Länder sollen deutlich geringere Besatzdichten und Herdengrößen vorschreiben, dazu ausreichend

Beschäftigungsmaterial und einen Außenklimabereich. Die Zucht muss auf gesunde Tiere mit stabilen Beinen statt auf schnelles Wachstum zielen. Das routinemäßige Schnabelkürzen soll enden. Außerdem verlangt foodwatch gesetzliche Zielvorgaben für die Tiergesundheit mit verpflichtendem Monitoring. Betriebe mit schlechten Werten müssen nachbessern. Bis zu einer bundesweiten Regelung sollen Länder wie Niedersachsen Mindestbedingungen per Erlass festlegen. Die unverbindlichen Eckwerte der Geflügelbranche lehnt foodwatch als gesetzlichen Standard ab.

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchNutztV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Tierschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
4.720.001 bis 4.730.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2025_JAB_foodwatch-e-V.pdf